

Helmut Kohl steht für eine gute Zukunft

Die CDU wird den Bundestagswahlkampf in der heißen Phase im Januar nächsten Jahres mit dem Slogan „Weiter so Deutschland. Zukunft statt Rot-Grün“ führen. Parallel zu diesem Slogan wird die CDU ein Plakat mit Bundeskanzler Helmut Kohl kleben, das den Titel „Entscheidung für Deutschland“ trägt. Mit diesen beiden Plakaten, die die inhaltliche und personelle Alternative für die Bundestagswahl verdeutlichen, werden in zwei Dekaden ca. 50 000 große Flächen kommerziell belegt. Zusätzlich werden ca. 700 000 Plakate in den Größen DIN A0 und DIN A1 auf Plakatständern der CDU geklebt. Nähere Angaben im Inneren dieser Ausgabe.



HEUTE AKTUELL

- **Wahlkampf '87**
Die neuen Slogans für die „heiße Phase des Wahlkampfes“.
Seite 2
- **Dokumentation**
Angriffe und Forderungen der SPD — unsere Gegenargumente.
Grüner Teil
- **DGB-Prüfsteine**
Brief von Generalsekretär Heiner Geißler an Ernst Breit.
Seite 5
- **Zielgruppen**
Der Kanzler lobte in Stuttgart die beispielhafte Haltung der Sozialausschüsse.
Seite 8

All unseren Lesern wünschen wir ein gesegnetes Weihnachtsfest, ein glückliches neues Jahr und eine frohe Zukunft.

Der nächste UID erscheint als Nr. 1/87 Anfang Januar.

Heiner Geißler:

Positive Zukunft statt Rot-Grün

Bei der Vorstellung der Slogans für die heiße Phase des Wahlkampfes erklärte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler vor der Presse in Bonn u. a.: Die nächste Legislaturperiode muß eine Zeit der schöpferischen Zukunftsgestaltung sein, damit die Bundesrepublik Deutschland den großen wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Herausforderungen, die in den 90er Jahren auf sie zukommen, gewachsen ist. In der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 fällen die Wähler daher eine politische Richtungsentscheidung über die alternativen Zukunftsentwürfe zweier konkurrierender politischer Lager: nämlich zwischen der Union und Rot-Grün.

Grundlage für die zukunftsorientierte Politik der Union sind das Wahlprogramm von CDU und CSU und das Zukunftsmanifest der CDU.

Die Union will eine Erneuerung und Weiterentwicklung der Ideen des wirtschaftlichen, technischen und sozialen Fortschritts. Der Mensch ist als Geschöpf Gottes dazu berufen, in freier und verantwortlicher Entscheidung sein eigenes Schicksal zu bestimmen, indem er die Risiken des Fortschritts begrenzt und gleichzeitig die damit verbundenen neuen Lebenschancen nutzt und gestaltet.

Diesem anthropologischen Optimismus und diesem Mut zur Zukunft steht der ideologisch begründete Pessimismus der Rot-Grünen gegenüber. Krisentheorien, Katastrophenszenarien und Untergangsgemälde beherrschen die rot-grünen Vorstellungen von der Zukunft, weil sie die Risiken des Fortschritts dramatisieren und dessen Chancen bagatellisieren.

Die Politik der Union basiert auf einem realistischen Menschenbild und will Fortschritte für die Menschen durch die Weiterentwicklung und Reform der bestehenden Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erreichen.

Rot-Grün dagegen träumt vom neuen Menschen und will durch Systemveränderung eine grundsätzlich andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung errichten, die aber die vorhandenen Probleme nicht löst und schon überwundene Probleme schafft.

Die Union gibt mit ihrer Politik auf komplexe Probleme und Fragen differenzierte Antworten, die der wechselseitigen Abhängigkeit der einzelnen Politikfelder gerecht wird.

Rot-Grün dagegen gibt simple Antworten und setzt eine bestimmte politische Zielsetzung absolut, wie zum Beispiel den Umweltschutz oder die Abrüstung. Die negativen Folgen für gleichrangige politische Ziele, wie zum Beispiel die Arbeitsplätze oder die Sicherheit des Landes, werden dadurch übersehen oder in Kauf genommen.

Die Union orientiert sich an den langfristigen Interessen der heutigen und der künftigen Generation, indem sie durch ihre Wirtschafts-, Haushalts-, Umwelt-, Sozial- und Familienpolitik die Voraussetzungen dafür schafft, daß der nachfolgenden Generation ein leistungsfähiges Wirtschafts- und Sozialsystem und eine gesunde Umwelt übergeben werden kann.

Rot-Grün dagegen orientiert sich an den jeweils aktuellen Stimmungen, so daß durch diesen tagespolitischen Opportu-

Das ist das Plakat, mit dem die CDU nach den Feiertagen in den Schlußwahlkampf ziehen wird. Damit werden wir zeigen, daß es bei dieser Wahl um eine Richtungsentscheidung, um die Frage nach vorwärts oder rückwärts geht. Mit der CDU gibt es eine sichere Zukunft. Mit Rot-Grün ginge es nur wieder abwärts. Vier Jahre erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl dürfen nicht umsonst gewesen sein. Deshalb: Weiter so, Deutschland, weiter so, Helmut Kohl. Auf der Titelseite sehen Sie das Motiv des Kanzler-Plakats, das auch überall zu sehen sein wird.

WEITER SO, DEUTSCHLAND

Zukunft

statt
Rot-Grün

nismus die Zukunftschancen der nachfolgenden Generation verspielt werden.

Die 90er Jahre werden ein Jahrzehnt des Fortschritts sein, wenn sich die Bürger am 25. Januar für Zukunftsoffenheit und gegen Zukunftsblockade, für Fortschritt und gegen Krisen und Niedergang, für die Union und gegen Rot-Grün entscheiden. Denn:

1. Die Union wird zusammen mit der FDP eine stabile und handlungsfähige Regierung bilden, so daß eine zukunftsorientierte Politik ermöglicht wird.

Eine rot-grüne Mehrheit würde politische Instabilität und Unberechenbarkeit bedeuten, denn sie wäre von den unberechenbaren Beschlüssen grüner Parteitage und von den opportunistischen Stimmungsumschwüngen der SPD abhängig.

2. Die Union will die Steuern senken, damit Leistung sich wieder lohnt. Wir werden insbesondere kleine und mittlere Einkommen erheblich entlasten. Wir wollen ein einfacheres Steuersystem mit mehr Gerechtigkeit schaffen.

Rot-Grün will den Bürgern tiefer in die

Tasche greifen. Höhere Steuern und Abgaben würden persönliche Initiative und Leistungsbereitschaft lähmen. Jeder muß wissen: Öko-Sozialismus ist teuer — und die Bürger müßten ihn bezahlen.

3. Die Union hat dafür gesorgt, daß der Staat wieder solide wirtschaftet, die Zinsen niedrig und die Preise stabil sind. Stabile Preise sind die beste Sozialpolitik, denn die unteren Einkommenschichten profitieren davon am meisten. Wir werden deshalb unsere erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen.

Rot-Grün dagegen würde alles gefährden, was bisher erreicht wurde. Weil weder SPD noch Grüne mit Geld umgehen können und der Sozialen Marktwirtschaft ablehnend gegenüberstehen, wäre eine neue Wirtschafts- und Sozialkrise unvermeidlich.

4. Die Union will durch eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft den wirtschaftlichen Aufschwung sichern, moderne Techniken fördern und neue Arbeitsplätze schaffen. Nur bei Fortsetzung unserer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik können wir auch künftig denjenigen

wirksam helfen, die sozial benachteiligt sind.

Rot-grüne Industrie- und Technikfeindlichkeit dagegen würde die Modernisierung unserer Volkswirtschaft blockieren und dadurch die Bundesrepublik Deutschland zu einem drittklassigen Industrieland herabsinken lassen. Höhere Arbeitslosigkeit und weniger soziale Sicherheit wären die zwangsläufige Folge.

5. Die Union hat durch ihre Politik die Bundesrepublik Deutschland in Europa zum Vorreiter im Umweltschutz gemacht. Durch neue Gesetze und Verordnungen werden Luft und Wasser sauberer. Umweltverschmutzung zum Nulltarif darf es nicht geben, Umweltkriminalität wird bestraft.

Rot-Grün blockiert die wissenschaftliche Forschung und den Einsatz moderner Technologien, die wir zum Schutz der Umwelt benötigen. Rot-Grün will sichere und umweltfreundliche Kernkraftwerke durch Kohlekraftwerke ersetzen, die die Umwelt verschmutzen. Rot-Grün bedeutet nicht mehr, sondern weniger Umweltschutz.

6. Für die Union ist die Familie das Fundament einer solidarischen und menschlichen Gesellschaft. Deshalb werden wir unsere Politik der gezielten Förderung von Familien mit Kindern fortsetzen.

Rot-Grün will die Aufgaben der Familie einschränken und sie mit anderen Lebensformen gleichstellen, wodurch die Familien geschwächt werden.

7. Die Union schützt durch ihre Politik Leben, Freiheit, Eigentum und Sicherheit aller Bürger. Durch die Sicherung und den Ausbau des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates bekämpft die Union Terrorismus, politisch motivierte Gewalt und Kriminalität und fördert den inneren Frieden.

Rot-Grün will dem Rechtsstaat nicht die

nötigen Mittel zum Kampf gegen Gewaltkriminalität und Terrorismus zur Verfügung stellen, zeigt Verständnis für Gewalt und verunsichert die Polizei.

8. Für die Union gehören Frieden und Freiheit, Frieden und Menschenrechte zusammen. Unser Land gehört zur westlichen Werte- und Verteidigungsgemeinschaft und hat dort seine Freunde und Partner.

Rot-Grün weiß nicht, wer unsere Freunde sind und wer unsere Freiheit bedroht. Anti-Amerikanismus, Einäugigkeit in Menschenrechtsfragen, Werteneutralismus sind Grundelemente rot-grüner Außenpolitik.

9. Die Union hat das westliche Bündnis gefestigt und die Sicherheit unseres Landes verbessert. Nur wenn die Bundesrepublik Deutschland in der westlichen Verteidigungsgemeinschaft fest verankert ist, bestehen Aussichten auf beiderseitige Abrüstung und auf die erfolgreiche Fortsetzung des Ost-West-Dialogs.

Rot-Grün stellt die NATO-Mitgliedschaft in Frage, befürwortet einseitige Abrüstung und würde dadurch die Sicherheit und Freiheit unseres Landes gefährden.

10. Die Union hält am Ziel der deutschen Einheit fest und strebt weitere Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland an.

Rot-Grün will auf das Ziel der Wiedervereinigung und auf das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen verzichten. Rot-grüne Politik würde die deutsche Teilung vertiefen und zu deutschlandpolitischem Rückschritt führen.

„Die CDU wirbt um die erste und die zweite Stimme. Die FDP hängt nicht am Tropf der Union. Sie kann aus eigener Kraft ins Parlament kommen.“

(Heiner Geißler im Interview mit dem General-Anzeiger, Bonn, vom 5. 12. 1986)

Geißler an Breit:

DGB-Führung vernachlässigt die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer

Generalsekretär Heiner Geißler hat die Stellungnahme der CDU zu den Wahlprüfsteinen des DGB dazu benutzt, dem Vorsitzenden des DGB, Ernst Breit, einen Brief zu schreiben, der folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrter Herr Breit, die Verwirklichung zentraler Forderungen der DGB-Wahlprüfsteine 1987 ist nicht geeignet, Deutschlands Zukunft als moderne, leistungsfähige und humane Industrienation zu sichern. Das ist eine Schicksalsfrage gerade auch für Arbeitnehmer. Insofern sind Zweifel berechtigt, ob der DGB in seinen Wahlprüfsteinen die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer vertritt.

Präambel und Erläuterungen der Wahlprüfsteine belegen an vielen Stellen die Unfähigkeit der DGB-Führung in weiten Bereichen, die Lage realistisch zu bewerten und hieraus zukunftsfähige, finanzierbare und politisch ausgewogene Vorschläge im Interesse der Arbeitnehmer zu unterbreiten. Die DGB-Führung muß sich den Vorwurf gefallen lassen, entgegen dem bewährten Gedanken der Einheitsgewerkschaft einseitig parteipolitisch Einfluß nehmen zu wollen. Die parteipolitische Einseitigkeit des DGB führt zwangsläufig zur Vernachlässigung von Interessen der Arbeitnehmer und des Gemeinwohls.

Auf die Zukunft gerichtete Wahlprüfsteine, die eine objektive Entscheidungshilfe für die Arbeitnehmer bieten wollen, müssen auf einer realistischen Beschreibung der gegenwärtigen politischen und sozia-

len Situation aufbauen. Diesem Erfordernis werden die Wahlprüfsteine 1987 nicht gerecht. Es wird z. B. nicht zur Kenntnis genommen, daß das Jahr 1986

- für die Arbeitnehmer die höchsten Realeinkommenssteigerungen seit 1971
- für die Rentner die höchsten realen Rentensteigerungen seit 1978
- für alle die günstigste Preisentwicklung seit 1953 und
- das bisher höchste Sozialleistungsniveau seit 1949 bringt.

Verschwiegen werden durch den DGB wichtige Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung: Beschäftigungsanstieg, Verminderung der Arbeitslosigkeit, anhaltender Wirtschaftsaufschwung, Preisstabilität, Verringerung der Neuverschuldung, Verbesserung der Vermögensbildung, Steuerentlastung, Verbesserung des Familienlastenausgleichs, Lehrstellenrekord, Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Erhöhung des Wohngeldes, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie für 4,2 Millionen berufstätige Frauen, Sicherung der Rentenfinanzen, Reform der Hinterbliebenenrenten, Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges sowie verstärkte Förderung der beruflichen Qualifizierung und Wiedereingliederung.

Diese positive Bilanz für die Arbeitnehmer beweist, daß die CDU die Interessen der Arbeitnehmer vertritt. Sie hat unser Land als führende Regierungspartei in den letzten vier Jahren aus der schwer-

sten Wirtschafts- und Sozialkrise seit der Währungsreform, die wir 1982 vorfanden, geführt und wichtige Schritte zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft unternommen. Auf der Grundlage dieser Leistungen können die Arbeitnehmer auch in den kommenden vier Jahren Vertrauen in die Politik der CDU haben. Sie zielt in den Schwerpunkten darauf,

■ den Wirtschaftsaufschwung zu sichern, neue Arbeitsplätze zu schaffen, das Arbeitsleben familienfreundlich und beschäftigungswirksam zu gestalten und die Chancen moderner Techniken zu nutzen;

■ die soziale Sicherheit zu festigen und auszubauen, den besonders Bedürftigen gezielt zu helfen und Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter zu fördern;

■ die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem weiter zu verringern;

■ den Familienlastenausgleich weiter zu verbessern und den Frauen neue Wege in Familie und Beruf zu eröffnen;

■ auch in Zukunft unseren Verpflichtungen zum Schutz von Natur und Schöpfung gerecht zu werden und

■ die innere Sicherheit zu erhalten, alle dafür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den inneren Frieden zu gewährleisten.

Hieran werden die Arbeitnehmer eine in ihrem Interesse liegende Wahlentscheidung ausrichten. Man wählt vernünftigerweise nicht die Kurpfuscher von vorgestern zu Vertrauensärzten von morgen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Heiner Geißler

Dr. Heiner Geißler

Zitate

„Wir fragen, wem die Zukunft dieses Landes anvertraut wird. Und da ist zu wählen zwischen denen, die den Karren in den Dreck gefahren haben und uns, die wir den Karren aus dem Dreck gezogen haben und glaubwürdige, verantwortliche Perspektiven für die Zukunft bieten.“

(Heiner Geißler im Interview mit dem General-Anzeiger, Bonn, vom 5. 12. 1986)

„Heute handelt es sich bei den Grünen nicht mehr um eine ökologische Partei; sie haben ganz andere Themen in den Vordergrund geschoben: Austritt aus der NATO, einseitige Abrüstung, fast blinden Anti-Amerikanismus, Ausstieg aus der weltwirtschaftlichen Verflechtung, eine elitäre Moral im Verhältnis zum Rechtsstaat, die Beiseitigung des Bundesgrenzschutzes, die Reduzierung der Bundeswehr. Die Grünen haben sich zu einer fundamentalistisch-neomarxistischen Partei entwickelt, deren Inhalte von einer immer größer werdenden Mehrheit der Sozialdemokraten übernommen werden.“

(Heiner Geißler im Interview mit dem General-Anzeiger, Bonn, vom 5. 12. 1986)

„In den Augen der SPD-Führer gilt offenbar schon als Rechtsradikaler, wer morgens pünktlich zur Arbeit geht, die Amerikaner für ein friedliebendes Volk hält und nicht gut findet, daß die Sowjets in den letzten fünf Jahren eine Million Zivilisten in Afghanistan umgebracht haben.“

(Heiner Geißler im Stern-Interview vom 11. 12. 1986)

Grüne und Geld

— Zur Staatsfinanzierung der Grünen und ihrer alternativen Klientel — Dies ist der Titel einer Argumentationsbrochure, die Sie bei der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages bestellen können.

685 200 neue Lehrverträge – 1986 wieder ein erfolgreiches Jahr

Bis zum Stichtag 30. September sind nach Angaben von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms 685 200 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen worden, rund 12 000 oder 1,7 % weniger als vor einem Jahr. Gleichzeitig ist allerdings die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsplätze um rund 41 % auf etwa 31 000 gestiegen, berichtete Frau Wilms in Bonn. Ende September seien noch 48 860 Jugendliche nicht in Lehrstellen vermittelt gewesen.

Frau Wilms sagte, insgesamt betrachtet biete sich ein zum Ausbildungsjahr 1985 „deutlich verbessertes Ergebnis“, wodurch das duale System der beruflichen Bildung erneut bestätigt werde. Der zahlenmäßige Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt rücke in realistische Nähe, da 1988 ein deutlicher Rückgang der Schulabgängerzahlen zu erwarten sei.

In einer Diskussionsveranstaltung zu aktuellen bildungspolitischen Fragen in Pforzheim erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Anton Pfeifer, unter anderem:

„Die regionalen Unterschiede auf dem Lehrstellenmarkt werden immer deutlicher. Während der baden-württembergische Wirtschaftsminister in dieser Woche mitteilen konnte, daß die Lehrstellensituation in seinem Bundesland so gut wie nie zuvor sei, mußte der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Raimund Jochimsen, bekennen, daß die dortige Situation nach wie vor sehr schwierig sei und das Land nicht länger bereit und in der Lage wäre, im Umfang der vergangenen Jahre Ersatzmaßnahmen zu finan-

zieren. Diese Äußerung von Jochimsen zur Lehrstellensituation muß als Bankrott-Erklärung der nordrhein-westfälischen Landesregierung gewertet werden.

Die völlig konträre Entwicklung in diesen beiden Bundesländern zeigt die Verzahnung von erfolgreicher Wirtschaftsentwicklung und zufriedenstellendem Lehrstellenangebot. Der Mangel an Ausbildungsplätzen in Nordrhein-Westfalen ist nicht zuletzt auf die schlechte Wirtschafts- und Struktursituation zurückzuführen, für die die SPD-Landesregierung die Schuld trägt, denn sie hat es im Unterschied zu Baden-Württemberg versäumt, rechtzeitig wirtschafts- und strukturpolitisch auf den strukturellen Wirtschaftswandel zu reagieren. Die Folge ist, daß im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen Ausbildungsplätze fehlen.

In Zukunft wird es darauf ankommen, die in der Bundesrepublik bestehenden regionalen Unterschiede auszugleichen. Von seiten des Bundes sind hierzu in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen worden. So wurden die Mittel zur Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher in den zurückliegenden Jahren außerordentlich erhöht. Während für diesen Zweck 1982, dem letzten Jahr der von der SPD-geführten Bundesregierung, nur 49 Mio. DM zur Verfügung standen, werden es im nächsten Jahr 407 Mio. DM sein. Wenn die nordrhein-westfälische Landesregierung in dieser Situation erklärt, die Mittel für die Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze deutlich reduzieren zu wollen, zeugt dies von mangelndem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Jugend“.

Helmut Kohl dankte der CDA: Eine beispielhafte Haltung

Auch die letzte der großen Zielgruppen-Veranstaltungen der CDU in den Messehallen auf dem Stuttgarter Killesberg zeigte, wie stark die Partei mobilisiert ist. Zu dieser im Zeichen der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft stehenden Veranstaltung waren über 7 000 Teilnehmer gekommen, darunter 60 Gehörlose, die sowohl von Bundeskanzler Helmut Kohl wie auch von den beiden anderen prominenten Spitzenpolitikern, Norbert Blüm und Lothar Späth, besonders herzlich begrüßt wurden. Daß auch in Stuttgart wie schon anderswo eine Handvoll Chaoten versuchten, die Rede des Kanzlers zu stören, gehört schon fast zum Ritual solcher Veranstaltungen. Stuttgarts Kreisvorsitzender Meyer-Vorfelder sagte dazu die passenden Worte. „Diese 25 Chaoten sind eine Beleidigung für die Deutsche Jugend.“

Die Teilnehmer waren hauptsächlich aus Baden-Württemberg, aber auch aus den benachbarten Bundesländern, einige sogar aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen gekommen. Kurt Haerzschel begrüßte sie alle im Namen der „großen CDA-Familie“. Lothar Späth hatte die Lacher auf seiner Seite, als er im Hinblick auf die Situation in Baden-Württemberg feststellte: „Je schwärzer die Verhältnisse, um so stabiler sind sie auch.“ Späth rechnete scharf mit der Schuldenpolitik der SPD ab. „Hätten die Sozialdemokraten 1982 ihre Schulden mitgenommen, hätten wir heute keine Probleme.“ Der Ministerpräsident kritisierte vor allen Dingen die fatale Fehlentwicklung der 70er Jahre in

der Hochschulpolitik. Auch mit den Grünen setzte sich Lothar Späth auseinander. „Sie sagen Kernkraft abschalten und wissen doch genau, daß es keiner tut.“ Zu den Anti-Terror-Gesetzen meinte Späth: „Wer demonstriert, läßt den Prügel zu Hause und zeigt sein Gesicht“ und: „Es ist unerträglich, daß jedes Wochenende junge Polizeibeamte von ihren Familien getrennt werden und zur Schlägerei mit den Chaoten nach Brockdorf oder Wackersdorf abgeordnet werden müssen!“ Norbert Blüm sprach von einer großen christlich-demokratischen Betriebsversammlung. Zwei Festtage stünden uns bevor: der 25. Dezember und der 25. Januar. „Am 25. Dezember gibt's Geschenke gratis. Die Zustimmung der Wähler am 25. Januar müssen wir uns erkämpfen.“ Blüm bekräftigte die Solidarität der CDA mit den Polizeibeamten und dankte ausdrücklich dem anwesenden neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz. Ebenso wie der Kanzler betonte auch Norbert Blüm die Notwendigkeit starker Gewerkschaften, rief aber die CDA-Mitglieder auf, „überlaßt das Feld nicht den Sozialisten.“ DGB und SPD Arm in Arm mit der Neuen Heimat — das sei das Ergebnis des alten Filzes. Letzter Redner war der Kanzler. Helmut Kohl wurde begeistert begrüßt. Er sprach vom Generalappell der CDA, dankte den Sozialausschüßlern für die Unterstützung „unserer Politik, die man mitgetragen, ertragen und manchmal auch erlitten“ habe. Der Kanzler nannte die Haltung der CDA beispielhaft und würdigte besonders Norbert Blüm, der die Hauptlast der Angriffe auszuhalten habe.

An die Adresse der Gewerkschaften gewandt, sprach der Kanzler davon, daß niemand Interesse an einer Schwächung der Gewerkschaften habe. „Wir brauchen starke Arbeitgeberverbände und wir brauchen auch starke Gewerkschaften.“ Der Kanzler wies auf die wichtigen Aufgaben der nächsten Jahre hin, wo man zu Lösungen kommen müsse, die tragfähig seien und über den Tag hinaus Bestand haben müßten. Dafür brauche man die Mitwirkung aller Gruppen unserer Gesellschaft. Um diesen Konsens werde sich die Bundesregierung weiter bemühen. Der Kanzler erinnerte den DGB an seine Verantwortung für das Gesamtwohl unseres Landes. Interessenvertretung halte er für eine legitime Sache, sie müsse aber immer eingebunden sein in das Interesse des Ganzen. Das er für die DGB-Führung nicht Kanzler „der ersten Wahl sei“ respektiere er, was er aber nicht respektieren könne, ist, wenn Teile der Führung des DGB so tun, als stünden sie anstelle des Staates, des Parlaments und der Regierung. Das „politische Sagen“ habe in unserer Republik immer noch der Wähler als oberster Souverän.

Anschließend zog Helmut Kohl noch einmal Bilanz einer erfolgreichen Legislaturperiode. Zum Schluß erhielt der Kanzler langanhaltend Ovationen und „Helmut-Rufe“.

Ehrung für Dorothee Wilms

Die Handwerkskammer zu Köln hat Frau Dr. Dorothee Wilms für ihre Verdienste um die handwerkliche Berufsausbildung die „Goldene Münze“ der Kammer verliehen. Damit wird das große Engagement der Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft in den vergangenen Jahren um die Ausbildung im dualen System gewürdigt.

Anzeigen im Wahlkampf

Die ersten CDU-Anzeigen werden an folgenden Tagen erscheinen:

Mittwoch, 31. Dezember
(regionale und überregionale Tageszeitungen)

Montag, 5. Januar
(regionale Tageszeitungen und Kaufzeitungen)

Donnerstag, 8. Januar
(regionale Tageszeitungen — Wochenzeitungen)

Freitag, 9. Januar
(überregionale Tageszeitungen und Kaufzeitungen)

Sonntag, 11. Januar
(Sonntagszeitungen)

SPD zieht Klage wegen Wahlspots zurück

Die SPD hat ihre aussichtslosen Verwaltungsklagen gegen das ZDF vor dem Verwaltungsgericht Mainz zurückgenommen. Bereits am 17. Oktober 1986 hatte das Bundesverwaltungsgericht in Berlin in letzter Instanz rechtskräftig entschieden, daß entgegen der unzutreffenden Rechtsansicht der SPD die bundesweite Wahlwerbung sowohl der CDU als auch der CSU bei der Bundestagswahl 1983 im Fernsehgemeinschaftsprogramm der ARD und im Hörfunkprogramm des Deutschlandfunks rechtmäßig war.

Das höchste deutsche Verwaltungsgericht hatte damit — aufbauend auf grundlegenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Chancengleichheit der politischen Parteien — die jahrzehntelange Praxis der Sendeanstalten eindringlich bestätigt und zugleich den von der CDU in allen entsprechenden Gerichtsverfahren vertretenen Rechtsstandpunkt voll gebilligt.

Chancen der neuen Technik stärker ins Bewußtsein rücken

Zu einem Gespräch über bildungspolitische Fragen kamen am 8. Dezember 1986 der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU unter Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden, des Parlamentarischen Staatssekretärs Anton Pfeifer, und der Vorstand des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) unter Leitung seines Vorsitzenden Walter Trapp zusammen.

Im Mittelpunkt des Gespräches stand die gemeinsame Absicht, in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland ein leistungsfähiges Schulsystem zu erhalten.

Angesichts des technologischen Fortschritts und des damit verbundenen Wandels der Tätigkeitsstrukturen muß die Ausbildung für die Arbeitsplätze von morgen bereits heute beginnen. Die Gesprächspartner betonten übereinstimmend, daß die Schule auch die Aufgabe habe, die Chancen der neuen Techniken deutlich ins Bewußtsein der Jugendlichen zu rücken, ohne die jeweiligen Risiken zu verharmlosen. Als falsch und gefährlich wurde es bezeichnet, junge Menschen mit Panik-Szenarien zu konfrontieren, die einseitig und überzogen Gefährdungen durch Naturwissenschaft und Technik darstellen. Der Schüler soll in der künftigen Entwicklung nicht nur Gefahren sehen, er muß auch die Chancen für positive Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten kennenlernen. Dabei kommt es vor allem darauf an, daß Mädchen gleichermaßen wie Jungen ein Grundverständnis der neuen Technologien erwerben, weil diese Kenntnisse in Zukunft für die meisten beruflichen Tätigkeiten von großem Wert sein werden.

Von seiten des Verbandes Deutscher

Realschullehrer wurde darauf hingewiesen, daß die Realschule aufgrund ihrer spezifischen Offenheit für die Anforderungen der Arbeitswelt sich sowohl fachlich als auch didaktisch den Herausforderungen des technologischen Wandels stellt. Es hat sich gezeigt, daß gerade im dualen System der Berufsausbildung — und hier vor allem in technischen Berufen — Realschüler besonders gute Chancen haben. Rund ein Drittel der Auszubildenden des dualen Systems haben vor Beginn ihrer Lehre eine Realschule besucht. In einigen Elektro- und Metallberufen sowie in Laborantenberufen beträgt der Anteil der Realschüler 60 Prozent und mehr. Seit Jahren haben die Absolventen der Realschule beste Vermittlungschancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt.

Ausbildungsbetriebe heben insbesondere die Fähigkeit von Realschulabsolventen hervor, flexibel auf die durch die neuen Technologien bestimmten Erfordernisse der modernen Arbeitsplätze zu reagieren.

Pfeifer hob hervor, daß heute im Mittelpunkt der bildungspolitischen Bemühungen die Frage nach einem zeitgemäßen Konzept der Allgemeinbildung stehen müsse. Es ist damit zu rechnen, daß etwa die Hälfte aller Auszubildenden von heute künftig in Berufen arbeiten werde, für die sie nicht ausgebildet worden sei.

Künftig kommt es weniger darauf an, einen bestimmten Lehrstoff mit einer Fülle von Spezialwissen zu bewältigen; erforderlich ist vielmehr ein breites Grundlagenwissen, auf dem ein ständiges, aktualisierendes Lernen aufbauen kann. Dies erfordert eine größere Anpassungsfähigkeit der Lehrpläne und eine verstärkte Auf-

Evangelische Jugend und CDU-Präsidium für Ausweitung des innerdeutschen Jugendaustausches

Zu einem gemeinsamen Gespräch trafen sich der Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West e.V.“ mit dem Präsidium der Christlich Demokratischen Union am 17. November 1986 im Bundeskanzleramt in Bonn.

Im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen Diakoniepfarrer Eberhard Cherdron und

merksamkeit der Lehrer für neue Entwicklungen.

Die neu entfachte ideologische Kampagne für die Gesamtschule als „Schule der Zukunft“ mit dem Ziel, sie als einzige Schulform durchzusetzen, bewertete Pfeifer als „Angstreaktion“: Die SPD bekämpfe das gegliederte Schulwesen vor allem deshalb, weil die Gesamtschule die Konkurrenz des besseren Schulwesens fürchten muß. Geradezu unerträglich sei es, daß Eltern, Schüler und Lehrer in den SPD-regierten Ländern in einen völlig anachronistischen Schulstreit getrieben würden. Die SPD habe es zu verantworten, wenn die in den von ihr regierten Bundesländern erworbenen Bildungsabschlüsse auf immer massivere Vorbehalte bei Ausbildern, Betrieben und Hochschulen stoßen. Die Gesprächsteilnehmer betonten, daß gerade im Hinblick auf die in den neunziger Jahren zunehmende berufliche Freizügigkeit in der EG ein internationales Bildungsgefälle zu Lasten unseres Landes verhindert werden müsse.

Bundeskanzler Helmut Kohl standen Fragen und Perspektiven des Ost-West-Dialoges sowie Probleme der Abrüstungs- und Friedenspolitik. Zu Beginn des Gesprächs erläuterte der Bundeskanzler unter Bezugnahme auf die historische Entwicklung der CDU den untrennbaren Zusammenhang von Frieden und Freiheit für die Politik der Christlich Demokratischen Union.

Der Generalsekretär der aej, Tilman Schmieder, wies auf die Bedeutung der Fortführung der Entspannungspolitik für den Ausbau der Begegnungsmöglichkeiten junger Menschen aus West- und Osteuropa hin. Er forderte einen verstärkten Dialog zwischen den politisch Verantwortlichen und den Jugendverbänden, da internationale Jugendarbeit in vielfacher Hinsicht von Entscheidungen der Politik betroffen sei.

Bundeskanzler Helmut Kohl betonte die Brückenfunktion dieser Kontakte und erklärte, daß die CDU diese selbständige Arbeit der Jugendverbände auch in Zukunft engagiert unterstützen werde. Das CDU-Präsidium begrüßte insbesondere den Einsatz der Evangelischen Jugend für Versöhnung mit Polen und der Sowjetunion.

In einem ausführlichen Meinungsaustausch sprachen sich CDU und aej für einen weiteren Ausbau der Begegnungsmöglichkeiten zwischen jungen Menschen aus den beiden deutschen Staaten aus. Das Interesse der aej, dabei verstärkt auch junge Christen einzubeziehen, wurde vom Präsidium der CDU unterstützt. Der Vorstand der aej begrüßte in diesem Zusammenhang den Abschluß des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 6. Mai 1986, das insbesondere auch der Jugendaustausch erwähnt und die Einbeziehung junger Menschen aus Berlin (West) regelt.

Advents- und Weihnachtsliederbuch schon vergriffen!

Das neue Advents- und Weihnachtsliederbuch der CDU-Bundesgeschäftsstelle fand bei den Bürgern so starken Anklang, daß es trotz Nachdruck schon nach wenigen Wochen vergriffen war.

Trost für alle, die bisher leer ausgegangen sind: eine Neuauflage ist für den Winter 1987 geplant!

Vize-Bürgermeister Kalkars verläßt SPD wegen Atompolitik

Der stellvertretende Bürgermeister der durch den schnellen Brüter bekannt gewordenen niederrheinischen Stadt Kalkar, Helmut Runge, ist nach 20jähriger Mitgliedschaft aus der SPD ausgetreten und hat sein Amt niedergelegt. Runge:

„... die Partei hat unter der Führung einer ideologischen Funktionärskaste in den letzten zehn Jahren einen Wandlungsprozeß durchgemacht, der sie im-

mer mehr von den bewährten Grundsätzen entfernt hat. Gestandene Leute wurden systematisch aus den SPD-Gremien entfernt. Ich kann heute nicht mehr mit den Vorstellungen zur Energiepolitik, zur inneren und äußeren Sicherheit einverstanden sein.“

Ablauf der Antragsfrist für wahlberechtigte Auslandsdeutsche am 4. Januar 1987

Der Bundeswahlleiter weist darauf hin, daß wegen der längeren Postlaufzeiten in der Vorweihnachtszeit im internationalen Postverkehr Anträge von deutschen Staatsangehörigen im Ausland, die bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 wählen wollen, baldmöglichst angefordert werden müssen.

Der ausgefüllte Antrag ist schnellstmöglich an die Gemeinde, in der der Betroffene vor seinem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland zuletzt gemeldet war, zu schicken, denn die Anträge müssen spätestens am 4. Januar 1987 dort eingegangen sein, damit man in das Wählerverzeichnis eingetragen werden kann.

Gendarstellung

In dem Artikel „Linker AstA kauft Demonstranten“ in UiD 34/86 vom 6. November 1986, Seite 14, des weißen Teils wird behauptet:

„Für ein Handgeld von 50,— DM kauft der AstA der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule in Koblenz Demonstranten für die Friedensbewegung ein, wie es jüngst anlässlich der Demonstration im Hunsrück geschah“.

Diese Behauptung ist unzutreffend. Der AstA der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz hat keine Handgelder

für die Teilnahme an der Demonstration der Friedensbewegung im Hunsrück gezahlt.

Gerhard Versteegen, AstA-Vorsitzender; Roland Kallidat, Finanzreferent; Ralf Wronna, Pressereferent; Sabine Dietrich, Fachschaftsreferentin; Ralf Marenbach, Sportreferent; Norbert Schröder, Sportreferent; Michael Rohrbeck, Umweltreferent; Claudia Bohnenberger, Kulturreferentin; Ursula Gassner, Kulturreferentin.

★

Anmerkung der Redaktion:
Zum Abdruck der Gendarstellung waren wir — ohne Nachprüfung des Wahrheitsgehalts — nach § 11 Landespressgesetz NRW verpflichtet.

Bei der Bundestagswahl zählt jede Stimme!

Über fünf Millionen Bundesbürger werden ihr Wahlrecht am 25. Januar 1987 per Brief ausüben. Wir wissen alle, daß viele Briefwähler CDU-Wähler sind. Deshalb unterlassen Sie keine Anstrengung, um die Wähler auf die Möglichkeit der Briefwahl aufmerksam zu machen. Gerade diejenigen, die aus beruflichen oder privaten Gründen nicht zum Wahllokal gehen können, gilt es jetzt verstärkt anzusprechen.

Der CDU-Briefwahlprospekt mit Briefwahlantrag ist hierbei mannigfaltig einsetzbar: am Arbeitsplatz, im Verein, bei Canvassing-Aktionen oder im Bekanntenkreis. Es gibt viele Möglichkeiten, auf die Briefwahl hinzuweisen.

Denken Sie daran: Die Wahl ist noch nicht gewonnen!
Daher: Auf jede Stimme kommt es an!

Briefwahlprospekt

Mindestabnahme: 500 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 45,50 DM
Bestell-Nr.: 2919

Zu bestellen bei:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

Unser Materialpaket zur Briefwahl ist da!

Für die Arbeit vor Ort hat die Bundesgeschäftsstelle ein Materialienpaket mit Kleinanzeigen, Flugblätter etc. zusammengestellt, das Sie in die Lage versetzt, noch wirkungsvoller für die Briefwahl zu werben. Das Paket wird den Kreisverbänden in den nächsten Tagen zugestellt.

Was jeder Ortsverband sofort angehen sollte:

Kleinanzeigen zur Briefwahl

Einige Beispiele für Kleinanzeigen in der

lokalen Presse, die nicht viel kosten, aber viel(e) erreichen:

An die Briefwahl denken.

Keine Stimmen verschenken.

Beide Stimmen für die CDU!

Informationen:...

Meinen Urlaub laß ich nicht sausen. Ich laß die Post zur Wahl hinbrausen. Ich gebe beide Stimmen der CDU, schon jetzt per Briefwahl! Informationen:...

Hans H., 30 Jahre

„Am 25. 1. 1987 bin ich im Urlaub. Den habe ich mir redlich verdient. Aber wählen will ich trotzdem. Da ist die Briefwahl für mich eine feine Sache.“ Seine Zukunft sollte jeder in die eigenen Hände nehmen.

Geben Sie beide Stimmen der CDU!

Informationen:...



Das Winter-Puzzle

Große Begeisterung auch über das Winter-Puzzle „CDU — Die Zukunft“.

Nicht nur für Kinder bringt das Spiel Abwechslung, auch Erwachsene nutzen das Puzzle gerne zur angenehmen Unterhaltung.

Puzzle-Nachmittage organisieren

Wenn es draußen kalt ist, bieten sich Spielnachmittage am „warmen Ofen“ für jung und alt geradezu an. Organisieren Sie zwischen den Festtagen und im Januar im Ortsverband einen Schnell-Puzzle-Wettbewerb.

Eine gute Methode, um auch in der heißen Wahlkampfzeit auf sympathische Art die CDU ins Gespräch zu bringen und mit einem kleinen Bericht in der Lokalpresse Aufmerksamkeit zu erregen.

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM

Bestell-Nr.: 9880

Die neuen Plakate für die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes



**Entscheidung
für Deutschland** **CDU**
Die Zukunft

Von diesen Plakaten haben die Kreisverbände bereits eine hohe Grundausstattung erhalten. Wenden Sie sich daher an Ihren Kreisverband! Weitere Bestellungen sind zu den u. a. Bedingungen möglich.

Kanzler-Plakat A1

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 12,50 DM
Bestell-Nr.: 8953

Kanzler-Plakat A0

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 8954

Slogan-Plakat A1

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 12,50 DM
Bestell-Nr.: 8955

Slogan-Plakat A0

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 8956



Den neuen Slogan: „Weiter so, Deutschland — Zukunft statt Rot-Grün“ gibt es auch als Autoaufkleber.

Der neue Autoaufkleber

Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
Bestell-Nr.: 9968



Zukunft

statt Rot-Grün



Ferner sind folgende Plakate im Angebot des IS-Versandzentrums:

Sympathieplakat A0 – Frohe Zukunft

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 60,— DM
Bestell-Nr.: 8938

Sympathieplakat A1 – Frohe Zukunft

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 30,— DM
Bestell-Nr.: 8939

Rahmenplakat A0:

CDU – Die Zukunft

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 46,— DM
Bestell-Nr.: 8000

Rahmenplakat A1:

CDU – Die Zukunft

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr.: 8001

Rahmenplakat A2:

CDU – Die Zukunft

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 17,50 DM
Bestell-Nr.: 8002

Frauen in der CDU – Politik mit Herz und Verstand

Insbesondere für die Aktivitäten der CDU-Frauenvereinigung gibt es ein neues Plakat mit der Bundesvorsitzenden der Frauenvereinigung, Bundesministerin Rita Süßmuth und ein Rahmenplakat.

Süssmuth-Plakat A1

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 8952

Süssmuth-Plakat A0

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 42,50 DM
Bestell-Nr.: 8951

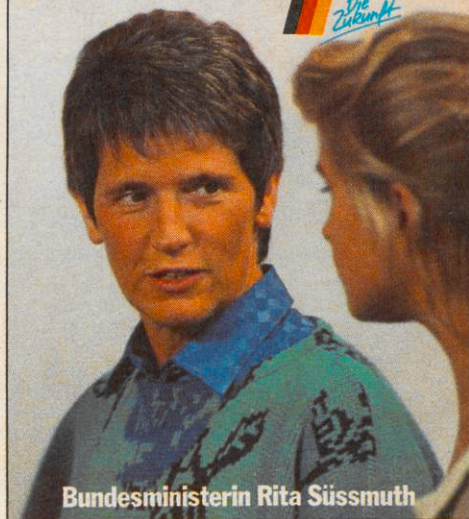
Rahmenplakat

„CDU-Frauenvereinigung“ DIN A1

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 8926

Frauen in der CDU:

Politik mit Herz und Verstand



Bundesministerin Rita Süßmuth

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

WEITER SO, DEUTSCHLAND

„Treffpunkt Dortmund“

Deutschlandtreffen der CDU

Sonntag, 4. Januar 1987



■ TERMINE

4. 1. Zentrale CDU-Wahlkampfauftakt-Veranstaltung, Dortmund
5. 1. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn
6. 1. **LV Braunschweig**
Landesausschuß, Braunschweig
7. 1. **CDU Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz,
Bonn
7. 1. Zentrale Wahlkampf-Veranstaltung mit dem Bundeskanzler,
Passau, 20 Uhr
9. 1. **Wahlkreis-Veranstaltung** mit dem Bundeskanzler, Ludwigshafen, 20 Uhr
10. 1. Zentrale Wahlkampf-Veranstaltung mit dem Bundeskanzler,
Kiel, 11 Uhr
11. 1. Zentrale Wahlkampf-Veranstaltung mit dem Bundeskanzler,
Saarbrücken, 20 Uhr (ARD live)
13. 1. **Kundgebung** mit dem Bundeskanzler, Hamburg, 20 Uhr
15. 1. Zentrale Wahlkampf-Veranstaltung mit dem Bundeskanzler,
Ravensburg, 20 Uhr
16. 1. Zentrale Wahlkampf-Veranstaltung mit dem Bundeskanzler,
Freiburg, 17 Uhr

UID

40/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** WVA-Druck, Düsseldorf.